

3.5 Klimaschutz aktueller denn je – Chance für ökologischen Aufbruch jetzt nutzen

AntragstellerIn: Martina Feldmayer (Frankfurt KV)

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

1 Der Kampf gegen die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen der Gegenwart und der
2 Zukunft. Daher ist der Klimaschutz uns GRÜNEN seit Jahrzehnten ein Anliegen. Fridays for
3 Future, Scientists for Future und viele mehr haben das Thema verstärkt ins öffentliche
4 Bewusstsein gebracht. Dafür gebührt ihnen Respekt. Diesen Rückenwind wollen wir Grüne in Hessen
5 als treibende Kraft beim Klimaschutz nutzen, um noch größere Schritte im Kampf gegen die
6 Klimakrise auf allen Ebenen zu unternehmen.

7 Wir wollen in Hessen ein Jahrzehnt des ökologischen und sozialen Aufbruchs gestalten und die
8 Weichen beim Kampf gegen die Klimakrise auf schnelleres und konsequentes Handeln ausrichten.

9 In den letzten fünf Jahren haben wir bereits viel bewegt. Wir haben den „Integrierten
10 Klimaschutzplan 2025“ mit 140 Maßnahmen auf den Weg gebracht, den Anteil der Erneuerbaren
11 Energien in Hessen fast verdoppeln können, das Solarkataster eingeführt und die
12 Landesenergieagentur gegründet, das Landes- und das Schüler*innenticket umgesetzt sowie die
13 klimafreundliche Landwirtschaft gefördert, um nur einige konkrete Klimaschutzprojekte zu
14 nennen. Hier hat Hessen also seit unserer Regierungsbeteiligung 2014 deutliche Fortschritte
15 gemacht. Das was bisher beim Klimaschutz und der Energiewende erreicht wurde ist konkret und
16 der richtige Weg, reicht uns aber noch nicht aus. Auch deshalb haben wir uns in Hessen das
17 neue, ehrgeizige Zwischenziel - die Reduzierung von Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55
18 Prozent - gesetzt.

19 Politiker*innen anderer Parteien haben nun zwar auch das Thema Klimaschutz entdeckt. Das darf
20 aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass diesen Lippenbekenntnissen zu oft keine Handlungen
21 folgen. Damit muss Schluss sein. Runde Tische, Klimakabinett und Arbeitskreise allein sparen
22 keine einzige Tonne CO₂ ein. Die Ziele stehen fest, wir müssen jetzt das Handeln in den
23 Mittelpunkt stellen. Die Klimakrise wartet nicht.

24 Deshalb fordern wir auf allen politischen Ebenen, dem Klimaschutz und damit dem Erhalt unserer
25 Lebensgrundlage endlich die notwendige Priorität einzuräumen.

26 Konkret setzen wir uns dafür ein, dass:

27 Die Bundesregierung:

28 -eine CO₂-Bremse im Grundgesetz festschreibt und damit das Pariser Klimaabkommen mit seinen
29 Zielen verbindlich umsetzen muss. Damit muss sie dem Klimaschutz die Priorität einräumen, die
30 ihm zukommen muss.

31 - einen Gesetzentwurf zum Ausstieg aus der Kohle vorlegt. Denn der Kohleausstieg lässt immer
32 noch auf sich warten. Die Bundesregierung blockiert die notwendigen Entscheidungen viel zu
33 lange. Statt Entscheidungen über das Abschalten von Kohlekraftwerken zu treffen, kümmert sie
34 sich nur darum, wohin die Milliarden als Ausgleich für den Ausstieg fließen sollen. Es ist aber
35 nötig, dass die großen Emittenten von Treibhausgasen endlich vom Netz gehen. Hier kommt es
36 darauf an, endlich den Anfang zu machen, damit wir unsere Klimaschutzziele auch in Hessen
37 erreichen können. Die Überprüfungsdaten zum Ausstieg aus der Kohle, die die Kohlekommission
38 genannt hat, müssen genutzt werden, um darzulegen, ob mit dem Zeitplan der Abschaltung der
39 Kohlekraftwerke die Ziele Deutschlands zur Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens

- 40 eingehalten werden können, wenn nötig, muss deutlich nachgeschärft werden und der Kohleausstieg
41 schneller umgesetzt werden.
- 42 - eine wirksame und sozial ausgewogene CO₂-Bepreisung auf den Weg bringt, die klimaschädliches
43 Verhalten teurer macht und klimafreundliches Handeln finanziell belohnt. Damit wird beendet,
44 dass es immer noch attraktiver ist, Treibhausgase in die Luft zu blasen als klimafreundlich zu
45 agieren. Die Idee bei der CO₂-Bepreisung ist, dass Menschen und Unternehmen, die sich
46 klimafreundlich verhalten, profitieren und nicht wie bisher benachteiligt werden. Auch hier
47 blockiert die Bundesregierung und versucht das Thema auf die lange Bank zu schieben. Eine CO₂-
48 Bepreisung ist selbstverständlich kein Allheilmittel, aber sie wird die Lenkungswirkung
49 entfalten, die wir zum Umbau unserer Gesellschaft auf Klimafreundlichkeit benötigen.
- 50 - die Energiewende nicht weiter bremst, sondern vorantreibt, indem die Förder- und
51 Ausschreibungsbedingungen so angepasst werden, dass der Ausbau vor allem der Windenergie an
52 Land und der Photovoltaik wieder Aufwind bekommt.
- 53 - Bürger*innengenossenschaften fördert, damit Bürger*innen vor Ort von der Energiewende
54 profitieren und die Akzeptanz der Energiewende steigt.
- 55 - den Steuerbonus für die energetische Sanierung nicht weiter blockiert. Die Sanierungsquote im
56 Gebäudebereich ist immer noch deutlich zu niedrig, obwohl dieser Bereich einen bedeutenden
57 Anteil an den Treibhausgasen hat.
- 58 - ein ambitioniertes Wärmegesetz vorlegt.
- 59 - endlich zielführende Maßnahmen im Verkehrsbereich einleitet, denn der Verkehrsbereich ist
60 einer der größten Verursacher von Treibhausgasen. Daher brauchen wir schleunigst eine Abkehr
61 vom Verbrennungsmotor, den Ausbau von Schieneninfrastruktur und des ÖPNV.
- 62 - ein generelles Tempolimit auf den Weg bringt, um nicht nur die Sicherheit auf den Autobahnen
63 zu erhöhen, sondern auch die Treibhausgase im Verkehrssektor weiter abzusenken
- 64 Die Landesregierung und die Landtagsfraktion:
- 65 - sich im Bund weiter dafür engagieren, dass der Kohleausstieg als eine prioritäre Maßnahme im
66 „Integrierten Klimaschutzplan 2025“ schnellstmöglich und endgültig eingeleitet wird und damit
67 die klimaschädliche Kohlekraft auch in Hessen ein Auslaufmodell wird.
- 68 - den „Integrierten Klimaschutzplan 2025“ weiter konsequent umsetzen und nach einem Monitoring,
69 unter breiter gesellschaftlicher Beteiligung vor allem auch von Jugendlichen, weiterentwickeln.
70 Die Maßnahmen sollen in den jeweiligen Haushalten mit den notwendigen Mitteln ausgestattet
71 werden.
- 72 - den Zubau der Windenergie in Hessen weiter voranbringen. Der hessische Energiegipfel hat 2011
73 parteiübergreifend als Ziel vereinbart, bis zum Jahr 2050 den Stromsektor komplett auf
74 erneuerbare Energien umzubauen und dafür 2 % der Landesfläche für die Windkraft auszuweisen.
75 Daran muss sich die Landespolitik ausrichten und dieses Ziel in die Tat umsetzen. Der Ausbau
76 der Windenergie muss weitergehen. Hierbei sollen die Kommunen und mit ihnen die Bürger*innen
77 verstärkt profitieren, indem sie durch einen angemessenen Anteil an den Pachteinnahmen
78 profitieren. Naturschutz und Windkraft sind kein Gegensatz! Durch Klarheit in den
79 naturschutzfachlichen Vorgaben sollen Rahmenbedingungen verbessert werden.
- 80 -die Roadmap Energiewende, die wesentlichen Handlungsfelder und konkrete Umsetzungsschritte
81 einer vernetzten, sektorenübergreifenden Energiewende in Hessen aufzeigt, konsequent umgesetzt
82 wird.

- 83 - ein Photovoltaikpaket für Hessen auf den Weg bringt, das auch die Bürger*innen bei der
84 Umsetzung vor Ort partizipieren lässt.
- 85 - sich beim Bund für eine wirksame CO₂-Bepreisung einsetzt.
- 86 - die Klimakommunen weiterhin finanziell beim Klimaschutz unterstützt
- 87 - die CO₂-neutrale Landesverwaltung spätestens bis 2030 umsetzt und diese Umsetzung auch für
88 Kommunen möglich macht.
- 89 - die Dekarbonisierung unserer Gesellschaft vorantreiben, indem das Land Hessen in nachhaltige
90 Geldanlagen investiert, die den strengen Kriterien des Nachhaltigkeitsindex genügen und somit
91 Unternehmen, die in Atom oder fossile Energien gewinnen, ausschließen. Es ist gut, dass das
92 Land Hessen als erstes Bundesland der von der UN initiierten „Initiative der Prinzipien für
93 verantwortliches Investieren“ (UNPRI) beigetreten ist.
- 94 - eine klimafreundliche Landwirtschaft befördert und mit ihrer Waldpolitik für klimastabile
95 Wälder und den Erhalt von großen CO₂-Senken wie Moore und Grünland sorgt. Vor diesem
96 Hintergrund wird auch der 12 Punkte-Plan zum Walderhalt in Zeiten der Klimakrise der
97 Landesregierung begrüßt.
- 98 - eine Holzbau- und Holzverwendungsinitiative zur langfristigen CO₂-Produktspeicherung auf den
99 Weg bringt.
- 100 - die Verkehrswende in Hessen weiterhin vorantreiben. Dafür muss der Ausbau des ÖPNV und der
101 Schienenausbau weiterhin Priorität haben und emissionsarme Mobilität, Ausbau von Radwegen und
102 Nahmobilität verstärkt gefördert werden. Dabei sollen sowohl Ballungszentren als auch der
103 ländliche Raum profitieren. Dabei gilt es, das Flatrate-Ticket-Modell auf weitere
104 Bevölkerungsschichten auszuweiten und öffentlichen Nahverkehr für Jede*n zugänglich und
105 finanzierbar zu machen.
- 106 Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass
- 107 Die Kommunen
- 108 - weiter vom Land unterstützt werden, um sich umfassend beim Klimaschutz zu engagieren und
109 ihren Beitrag zum Pariser Klimaschutzabkommen leisten zu können.
- 110 Um das Engagement der Kommunen und insbesondere der Klima-Kommunen zu würdigen und zu
111 unterstützen, soll der „Integrierte Klimaschutzplan 2025“ auch gemeinsam mit dem hessischen
112 Bündnis der Klima-Kommunen weiterentwickelt werden. Dabei soll das Ziel sein, die
113 Rahmenbedingungen für die Kommunen und Landkreise weiter zu verbessern sowie Investitionen und
114 Anreize für Klimaschutz und Anpassung an die Klimafolgen auch in den nächsten Jahren weiter zu
115 fördern. Es ist begrüßenswert, dass beispielsweise die Städtebauprogramme unter dem Aspekt der
116 Klimakrise weiterentwickelt wurden und die Kommunen überhitzte Stadtzentren und Quartiere mit
117 der neu ausgerichteten Förderung begrünen können.
- 118 Die Landesenergieagentur und das Fachzentrum Klimaschutz und Klimaanpassung soll die hessischen
119 Kommunen bei der Erstellung eigener Klimaschutzpläne weiter beraten und unterstützen.
- 120 - ihre Investitionen in ein klimafreundliches Nahverkehrsangebot verstärken.
- 121 -Einige Kommunen in Hessen haben sich dafür entschieden den Klimanotstand auszurufen, andere
122 Kommunen nutzen eine andere Bezeichnung. Wichtig ist aber, dass sich alle dem Klimabündnis der
123 hessischen Kommunen anschließen und eigene Klimaschutzpläne umsetzen. Das Land unterstützt sie
124 dabei, damit sie konkret handeln können, um die Klimakrise zu bekämpfen

- 125 Die Hessischen GRÜNEN wollen sich vor Ort für den Beitritt weiterer Kommunen zum Bündnis der
126 Klimakommunen einsetzen, damit in Hessen die Marke von 200 Kommunen für den Klimaschutz
127 möglichst noch in diesem Jahr, des 10jährigen Bestehens, erreicht wird.

Unterstützer*innen

Priska Hinz (Lahn-Dill); Mathias Wagner (Wiesbaden); Eva Goldbach (Vogelsberg); Marcus Bocklet (Frankfurt); Hildegard Förster-Heldmann (Darmstadt); Jürgen Frömmrich (Waldeck-Frankenberg); Landesvorstand Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen; Landesvorstand der GRÜNEN Jugend Hessen; Kaya Kinkel (Hersfeld-Rotenburg)